

LESARTEN DER SÜHNE

HEINRICH AUGUST WINKLER

Man schrieb den 18. Dezember 1989. Im Internationalen Congress Centrum zu Berlin hielt die SPD ihren Bundesparteitag ab. Der Ehrenvorsitzende Willy Brandt, der an diesem Tag 76 Jahre alt wurde, warnte in einer großen Rede die Sozialdemokraten vor einer irrigen, gleichwohl unter den Genossen verbreiteten Meinung. Nirgendwo stehe geschrieben, sagte er, daß die Deutschen auf einem Abstellgleis zu verharren hätten, „bis irgendwann ein gesamteuropäischer Zug den Bahnhof erreicht hat“. Und dann folgte ein Satz, der bei manchen schütterten Beifall auslöste, anderen aber den Atem stocken ließ: „Noch so große Schuld einer Nation kann nicht durch eine zeitlos verordnete Spaltung getilgt werden.“

Angesprochen war, neben anderen, Günter Grass. Der Autor der „Blechtrommel“ ließ seit dem Herbst 1989 kaum einen öffentlichen Auftritt verstreichen, ohne der Wiedervereinigung Deutschlands unter Hinweis auf den Holocaust entgegenzutreten. „Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt und Antworten auf die deutsche Frage sucht, muß Auschwitz mitdenken“, erklärte er im Januar 1990 vor der Evangelischen Akademie Tutzing. „Der Ort des Schreckens, als Beispiel genannt für das bleibende Trauma, schließt einen zukünftigen deutschen Einheitsstaat aus.“

Die deutsche Teilung oder, nach 1989, der Verzicht auf einen deutschen Nationalstaat als Sühneopfer für Auschwitz: So dachte ein großer Teil der intellektuellen Linken in der alten Bundesrepublik. Streng historisch betrachtet, hatte die Entstehung von zwei deutschen Staaten mit der Vernichtung der europäischen Juden zwar nichts zu tun. Deutschland wurde geteilt, weil sich die vier Alliierten über seine Zukunft nicht hatten verständigen können. Und wenn die Siegermächte kein neues Deutsches Reich mehr erstehen sehen wollten, lag das nicht an Hitlers „Endlösung der Judenfrage“, sondern an der Rolle, die Deutschland bei der Auslösung des Ersten und der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges gespielt hatte. Aber einem erheblichen Teil der deutschen Linken ging es nicht um historische Kausalitäten, sondern um die Bewältigung einer nationalen Schuld. Das ungeheuerlichste Verbrechen der deutschen Geschichte als Sinngebung der deutschen Spaltung: Wer vor 1990 so argumentierte, hoffte insgeheim wohl wirklich auf das, was Brandt für unmöglich erklärte – die Tilgung deutscher Schuld durch die Teilung der deutschen Nation.

Im März 1919, wenige Monate nach der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, zitierte Walther Rathenau in seiner Schrift „Der Kaiser“ eine Äußerung, die er im August 1914 einem vertrauten Freund gegenüber getan haben wollte: „Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tag hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.“

Was 1918 für den Kaiser galt, ließ sich 1945 mit noch sehr viel größerem Recht vom „Führer“ sagen. Aber erst nach dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Jahre 1973 begann sich bei liberalen und linken

Intellektuellen die Meinung durchzusetzen, die deutsche Teilung sei eine Strafe für deutsche Schuld und darum hinzunehmen. Das Brandenburger Tor mußte folglich für alle Zukunft Symbol des gespaltenen Deutschland bleiben, weil sonst die Weltgeschichte ihren Sinn verloren hätte. Damit war der „antifaschistische Schutzwall“ zu etwas geworden, woran seine Erbauer nie gedacht hatten: Die Berliner Mauer diene als jenes „riesige, unübersehbare Monument zum Gedenken an die über fünf Millionen ermordeten Juden“, dessen Errichtung Lea Rosh dann im November 1988 im sozialdemokratischen „Vorwärts“ forderte.

Daß der Holocaust durch die nachträgliche Umwidmung der Mauer banalisiert wurde: Der Gedanke scheint den Anhängern dieser Sühne-Lesart nie gekommen zu sein. Auschwitz hatte sich längst in das negative Symbol einer neuen, „postnationalen“ westdeutschen Identität verwandelt: Das größte nationalsozialistische Vernichtungslager galt als Inbegriff einer spätestens seit der Bismarckschen Reichsgründung von 1871 verfehlten Nationalgeschichte, es wurde als Argument nicht nur gegen einen neuen

deutschen Nationalstaat, sondern auch gegen die Idee einer deutschen Nation benutzt. Die Deutschen, so lautete die unausgesprochene und dennoch tröstliche Botschaft, konnten von dem Fluch erlöst werden, der auf ihrer katastrophalen, auf Auschwitz zulaufenden Geschichte lastete. Sie mußten aufhören, sich als eine Nation zu fühlen, und sich statt dessen bemühen, gute Europäer und Weltbürger zu sein. Daß nur die Westdeutschen, nicht aber die Ostdeutschen diese Chance hatten, störte die altbundes-

deutsche Linke nicht. Die These, die Teilung sei die Strafe für Auschwitz, war zu ihrer Lebenslüge geworden – zum Gegenstück der konservativen, von Konrad Adenauer vorformulierten Lebenslüge, wonach die Wiedervereinigung das vordringlichste Ziel der bundesdeutschen Politik war.

Beim Historikerstreit von 1986, der durch Ernst Nolte ausgelösten Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung und um den nationalsozialistischen Rassenmord als vermeintliche Notwehr gegen den Klassenmord der Bolschewiki, bildete sich eine postume Adenauersche Linke heraus, die, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, eine dramatische Kehrtwende vollzog. Die Bundesrepublik galt nun nicht mehr, wie zur Hoch-Zeit der Außerparlamentarischen Opposition von 1968, als zeitgemäße Neuauflage des Faschismus, sondern als Glücksfall der deutschen Geschichte. Die Westbindung, von der Linken im weitesten Sinn, von Kurt Schumacher über Gustav Heinemann bis zu Martin Niemöller, einst erbittert bekämpft, wurde jetzt nicht nur als Tatsache akzeptiert, sondern als kulturelle Errungenschaft der Linken gewürdigt.

Im nachhinein fragt sich freilich, ob wir liberalen und linken Kombattanten des Historikerstreits es uns nicht etwas zu leicht gemacht haben. Der notwendige Widerspruch gegen Noltens apologetische Absicht führte zur Aufstellung neuer Verbotstafeln. Fortan



ZSVN LUDWIGSBURG; M. VOLLMER / MONTAGE: DER SPIEGEL

waren Fragen verpönt, die die historische Forschung hätten voranbringen können. Da war die Rolle der Bürgerkriegsangst beim Aufstieg des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus. Wer sich damit oder mit dem kommunistischen Beitrag zum Triumph der extremen Rechten befaßte, mußte hören, er argumentiere wie Nolte. Wer von „totalitärer Herrschaft“ sprach, um das spezifisch Neue bestimmter Diktaturen des 20. Jahrhunderts herauszuarbeiten, provozierte den alten Vorwurf, er setze „rot“ und „braun“ gleich. Wer kommunistische Verbrechen untersuchte, geriet fast automatisch in den Verdacht, „rechts“ zu sein und Auschwitz relativieren zu wollen.

Nun ist Deutschland aber seit 1990 wieder ein Nationalstaat, wenn auch kein klassischer, souveräner Nationalstaat nach Art des Deutschen Reiches, sondern ein europäisch und atlantisch fest eingebundener, mithin postklassischer Nationalstaat wie andere Mitgliedstaaten der EU auch. Die westdeutschen Intellektuellen indes, die fest davon überzeugt waren, daß sie die Sache mit der Nation endgültig hinter sich hätten, haben sich von diesem Schock bis heute nicht erholt. Fast könnte man meinen, an die Stelle des alliierten Vorbehalts in bezug auf Deutschland als Ganzes, der bis zum 3. Oktober 1990 galt, sei seitdem der entsprechende intellektuelle Vorbehalt getreten.

Wäre es nicht doch an der Zeit, von dem einen oder anderen ein erläuterndes Wort zu hören – etwa zu jener These von der „Binationalisierung“ Deutschlands, die in den siebziger Jahren Karriere zu machen begann, oder zu der Behauptung, nicht der Nationalstaat, sondern die Mehrstaatlichkeit sei von jeher die angemessene politische Existenzform der Deutschen gewesen? Und ist aus dem Abstand von zwölf Jahren nicht doch das Eingeständnis möglich, daß es neben der plump nationalkonservativen Entsorgung der Vergangenheit à la Nolte auch sublimere Entsorgungsversuche gegeben hat – die eigenen?

Das Jahr 1998, das Jahr der 150. Wiederkehr der Revolution von 1848 und des 100. Todestages von Bismarck, hätte Anlässe genug geboten, sich mit der These auseinanderzusetzen, es führe ein direkter Weg von der Reichsgründung zum Holocaust – einer These, die Joschka Fischer dieser Tage in dem Verdikt gebündelt hat, die deutsche Geschichte der vergangenen 150 Jahre sei nicht weise, „sondern extrem brutal, blutig und zerstörerisch“ verlaufen. Doch in den zahllosen Revolutionsfeierstunden war so gut wie nie davon die Rede, daß die Mehrheit der deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche bis in das Jahr 1849 hinein ein Großdeutschland unter Einfluß nicht nur des deutschsprachigen Österreich, sondern auch von Triest, Böhmen und Mähren anstrebte – ein Reich, das, wenn überhaupt, nur durch einen großen europäischen Krieg hätte durchgesetzt werden können.

Bismarcks „kleindeutsche“ Lösung der deutschen Frage wirkt also vergleichsweise bescheiden. Und bei aller Kritik an seiner Innenpolitik und den verfassungspolitischen Defiziten des Kaiserreichs: Die Reichsgründung von 1871 war, was Marx und Engels sogleich anerkannten, ein historischer Fortschritt. Die Deutschen überwand den partikularstaatliche Zersplitterung. Sie trennten sich zunächst einmal von großdeutschen Illusionen und mittelalterlichen Reichsträumen. Sie fanden Anschluß an die westeuropäische Normalität des Nationalstaats. Der Weg von Bismarck zu Hitler verlief alles andere als geradlinig und keineswegs so, wie Joschka Fischer es darstellt.

Fischer ist nicht der einzige deutsche Politiker, der mit der deutschen Nationsbildung im 19. Jahrhundert noch immer hadert. Oskar Lafontaine, den Willy Brandt in seiner Philippika vom Dezember 1989 vor allem im Visier hatte, entdeckte bald nach 1990 die „Nation Europa“. Er berief sich dabei auf seinen verstorbenen Parteifreund Carlo Schmid, übersah aber, daß dieser,

ohne dessen gewahr zu sein, den Begriff einer obskuren Quelle entnommen hatte: „Nation Europa“ war vier Jahrzehnte lang der Titel einer rechtsradikalen, von einem früheren SS-Experten für Bandenbekämpfung redigierten Zeitschrift, die sich 1990 in „Nation und Europa“ umbenannte. Mit der „Nation Europa“ wird es wohl nichts werden, und der „Staatenverbund“, der die Europäische Union dem Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993 zufolge ist, tut gut daran, ein Wort des Historikers Hermann Heimpel zu beherzigen: „Daß es Nationen gibt, ist historisch das Europäische an Europa.“

„Nation“ muß und darf freilich nicht so definiert werden, wie das seit Jahrhunderten in Deutschland üblich ist: als Sprach- und Abstammungsgemeinschaft. Die westliche, auf Ernest Renan zurückgehende Auffassung, wonach die Nation ein „plébiscite de tous les jours“ ist, also eine Willens- und Abstammungsgemeinschaft, ist zwar nirgendwo in Reinkultur verwirklicht, bildet aber ein wirksames staatsbürgerliches Korrektiv zum ethnischen, um nicht zu sagen: völkischen Verständnis von Nation, das es keineswegs nur in Deutschland gibt, das indes nirgendwo so mörderische Konsequenzen gehabt hat wie hier.

Die Wiedervereinigung bedeutete nicht das Ende der Versuche, den Holocaust für politische Zwecke zu instrumentalisieren. 1995 argumentierten die Sozialdemokraten so, wie fundamentalistische Bündnisgrüne es noch heute tun. Der Holocaust wurde als Grund dafür ins Feld geführt, daß Deutschland sich angesichts neuer Verbrechen gegen die Menschlichkeit grundsätzlich anders zu verhalten habe als die anderen westlichen Demokratien, also an den international vereinbarten Militäreinsätzen in Bosnien sich nicht beteiligen dürfe. Auschwitz als Argument, das in letzter Konsequenz auf die Hinnahme neuer Völkermorde hinausläuft: wahrhaftig ein pathologischer Lernprozeß.

*„Der Weg
von Bismarck
zu Hitler,
von der Reichs-
gründung
zum Holocaust
verlief alles
andere
als geradlinig“*

Der laufende Streit um das französische „Schwarzbuch des Kommunismus“ bestätigt den Befund. Auf einer Veranstaltung der „Volksuni“ in Berlin nannte der Historiker Wolfgang Wippermann das Buch einen Versuch, Auschwitz zu relativieren und „die Linke überhaupt zu delegitimieren“. Der Antifaschismus als einigendes Band der Linken, Auschwitz als Parteiabzeichen: Von der sittlichen Entrüstung zum blanken Zynismus, von der Zerknirschung zur Anmaßung ist es mitunter nur ein Schritt. Da mögen Stalin oder Mao noch so schreckliche Menschheitsverbrechen begangen haben, die Aufarbeitung dieser Untaten fällt für manche deutschen Linken nicht nur unter ein Vergleichs-, sondern auch unter ein Wahrnehmungs- und Benennungsverbot.

Wippermanns Credo „Wir sollten an der Holocaustfixierung festhalten“ habe einen religiös anmutenden Unterton, hat Stefan Reinecke kürzlich in der „taz“ bemerkt: „Du sollst kein Jahrhundertverbrechen neben mir haben.“ Das ist scharf beobachtet und ebenso zutreffend wie Reineckes Folgerung: „So rückt die Vernichtung der Juden in die Nähe einer negativen Sinnstiftung.“ Der Sinn liegt offenbar darin, daß die Deutschen auserwählt wurden, das absolut Böse zu tun, und darum berechtigt, ja verpflichtet sind, ihren Negativrekord gegenüber unerwünschter Konkurrenz zu behaupten.

Eine solche „Holocaustfixierung“ ist von negativem Nationalismus kaum mehr zu unterscheiden und nicht minder pseudoreligiös als „echter“ Nationalismus. Daß aus der Sakralisierung des Holocaust die Ideologie einer neuen deutschen Sendung wird, ist aber eher unwahrscheinlich. Nach den Erfahrungen mit zwei Diktaturen ist der Bedarf an politischer Religion in Deutschland stark zurückgegangen. Auch Linke sollten wissen: Deutsche Sonderwege mitsamt dem dazugehörigen Sonderbewußtsein sind den Deutschen in der Vergangenheit meist nicht gut bekommen. ♦